KANTON solothurn

Regierungsratsbeschluss

vom 24. August 2021

Nr. 2021/1251
KR.Nr. A 0112/2021 (STK)

Auftrag Anna Engeler (Grüne, Olten): Sicherstellung einer Alternative zur Nutzung der SwissID für den Zugriff auf elektronische Dienstleistungen im Kanton Solothurn
Stellungnahme des Regierungsrates

---

1. Auftragstext

Der Regierungsrat wird beauftragt, der Bevölkerung einen alternativen Zugang zur Nutzung der privatwirtschaftlichen Lösung der SwissSign Group (SwissID) für den Zugriff auf die kantonalen E-Portale zur Verfügung zu stellen.

2. Begründung

Die Schweizer Bevölkerung hat sich am 7. März 2021 deutlich gegen das Gesetz zur E-ID ausgesprochen und damit insbesondere auch gegen den Einsatz einer elektronischen Identität, die durch private Unternehmen erstellt und verwaltet wird.

Die SwissSign Group, der grösste Anbieter am Markt solcher elektronischer Identitäten, ist bereits seit längerem sehr aktiv dabei, Kantone zu umwerben, ihre SwissID für den Zugriff auf die jeweiligen E-Portale zu nutzen. Der Kanton Solothurn ist einer von drei Kantonen (Jura, Solothurn, St. Gallen), die der Bevölkerung heute den Zugriff auf die E-Portale nur über die SwissID ermöglichen. Wer die E-Portale nutzen möchte, ist folglich gezwungen, einen Vertrag mit der SwissSign Group einzugehen und ein SwissID Profil anzulegen. Dieses Vorgehen steht im Konflikt mit dem im Abstimmungsresultat ausgedrückten Wählerwillen, wonach die Bevölkerung keine privat verwalteten E-ID wünscht.

Der Regierungsrat soll darum der Bevölkerung, analog zur Praxis in anderen Kantonen, eine alternative, staatlich verwaltete Zugangslösung (Bürger-Log-in) zur Verfügung stellen.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Um behördliche Geschäfte zwischen der Bevölkerung, Unternehmen und dem Kanton abwickeln zu können ist es in vielen Fällen notwendig, die Identität eines Gesuchstellers oder Geschäftspartners hinreichend sicherzustellen. Was in der realen Welt entweder bei einem Schaltergeschäft mit der Vorlegung eines Ausweises oder bei Postgeschäften mit der persönlichen Adressierung erreicht wird, muss auch elektronisch möglich sein. Dabei muss diese Möglichkeit einigen Anforderungen gerecht werden:

- Die gewählte Lösung muss funktionieren und sich in der Praxis bewährt haben Ausserdem muss sie höchsten Sicherheitsstandards genügen und die Normen der Datenschutzgesetzgebung einhalten.

- Der Vorgang einer Identifizierung und Authentisierung eines Benutzers oder einer Benutzerin ist technisch anspruchsvoll und erfordert eine umfangreiche Infrastruktur und Organisation. Es ist deshalb sinnvoll, sich bei solchen Aufgaben auf spezialisierte Partner oder einen spezialisierten Verbund von Kräften abzustützen.

- Die gewählte Identifikations- und Authentisierungslösung sollte eine gewisse Verbreitung in der Bevölkerung geniessen. Behördengänge sind für die Mehrheit der Bevölkerung verhältnismässig selten. Die Bereitschaft in der Bevölkerung, dafür speziell einen solchen Zugang zu beschaffen, ist gering. Es ist deshalb nicht marktgerecht, eine individuelle Lösung für einen einzelnen Kanton zu erstellen, weil dies auf geringes Marktinteresse stossen würde. Interoperabilität zwischen mehreren Systemen und Anbietern ist ein wichtiger Erfolgsfaktor.

- Die Beschaffung einer solchen elektronischen Identität muss für die Benutzerin oder den Benutzer einfach und kostengünstig, im Idealfall kostenlos, sein. Die Erfahrungen mit der SuisseID in der Vergangenheit haben gezeigt, dass eine kostenpflichtige Variante keinen Markterfolg verspricht.

- Die gewählte Lösung muss vertrauenswürdig sein.

Der Kanton Solothurn hat sich deshalb für den Einsatz der SwissID der Firma SwissSign Group entschieden. Die SwissSign Group ist ein rein schweizerisches Unternehmen als Joint Venture aus staatsnahen Betrieben (SBB, Post und Swisscom), Schweizerischen Finanzunternehmen, Versicherungsgesellschaften und Krankenkassen. Sie geniesst in der Schweiz bereits eine sehr gute Verbreitung (rund 2 Mio. Nutzerinnen und Nutzer per Juli 2021 gem. Angaben SwissSign Group) und ist technisch ausgereift. Da höchste Sicherheitsstandards eingehalten werden können, geniesst diese Lösung unser Vertrauen.

Bei der Nutzung der SiwssID werden keinerlei Daten über die Aktivitäten der Benutzerinnen und Benutzer in den Portalen an die SwissSign übertragen. Lediglich die Information, dass sich die Benutzerin bzw. der Benutzer mittels der SwissID auf einem bestimmten Portal angemeldet hat, ist durch SwissSign Group feststellbar.

Nach der Ablehnung des Bundesgesetzes über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz) in der Volksabstimmung vom 7. März 2021 ist die gesetzliche Grundlage für eine nationale, behördlich gesteuerte elektronische Identität nach wie vor nicht gegeben. Um eine solche trotzdem in nützlicher Frist zu erlangen, sind derzeit auf nationaler Ebene mehrere parallele Aktivitäten im Gange:

- Der Schweizerische Städte- und Gemeindeverband will mit einer bereits im Einsatz stehenden Lösung des Kantons Schaffhausen und der Stadt Zug die technische Grundlage soweit erweitern, dass das System für alle Kantone und Gemeinden in der Schweiz einsatzfähig wird. Die gesetzliche Grundlage für deren Einsatz muss jedoch jeder Kanton bzw. Gemeinde selbst schaffen.

- An seiner Sitzung vom 26. Mai 2021 hat der Bundesrat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beauftragt, bis Ende Jahr in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) und der Bundeskanzlei (BK) sowie unter Einbezug der Wissenschaft und der Kantone ein Grobkonzept für eine neue Lösung für den elektronischen Identitätsnachweis (E-ID) zu erarbeiten. Die Vernehmlassung für ein neues Gesetz wird voraussichtlich im Mai 2022 eröffnet.

- Die ab 2022 für die bundesweite Koordination der Digitalisierungsvorhaben der Kantone und des Bundes verantwortliche Stelle «Digitale Verwaltung Schweiz» will

die Themenführerschaft in diesem Bereich übernehmen und hat dies in ihrer Agenda bereits angekündigt.

Zurzeit stehen dem Kanton Solothurn deshalb nur wenige Alternativen zur Verfügung, welche den oben genannten Kriterien zudem mehrfach nicht genügen:

- Das System des Kantons Schaffhausen verfügt nicht über eine angemessene Verbreitung in der Bevölkerung. Eine genügende Marktdurchdringung innert nützlicher Frist und ohne sehr aufwändige Marketingmassnahmen darf deshalb bezweifelt werden. Ausserdem ist der Reifegrad der Anwendung noch nicht ganz befriedigend und es würde den Aufbau einer umfangreichen eigenen Infrastruktur und Betriebsorganisation erfordern. Die gesetzliche Grundlage dafür wäre Sache des Kantons Solothurn und müsste zuerst erarbeitet werden.

- Die Entwicklung einer eigenen Lösung für den Kanton Solothurn (analog «BE-Login» im Kanton Bern oder «Mein Konto» im Kanton Aargau) erfordert einen grösseren Planungshorizont und bedeutende Basisinvestitionen. Ausserdem würde der Start ohne jegliche Verbreitung in der Bevölkerung erfolgen müssen.

- Andere schweizerische Alternativen, welche mit dem Reifegrad und der Verbreitung von SwissID vergleichbar wären, sind keine vorhanden.

Die Nutzung einer nationalen, elektronischen Identifikationslösung, welche der Kontrolle und Aufsicht der Behörden unterliegt, ist auch der Wunsch des Regierungsrats. Wir beobachten deshalb alle Entwicklungen aktiv, werden jedoch aufgrund der bereits laufenden Aktivitäten nicht zusätzlich selbst tätig, indem wir technische Lösungen entwickeln, beschaffen oder einsetzen ohne dass diese sich entweder bei der Bevölkerung als Standard durchgesetzt oder von Bund und Kantonen zum Standard erhoben wurden. Der Regierungsrat beantragt deshalb, den Auftrag mit geändertem Wortlaut als erheblich zu erklären.

4. Antrag des Regierungsrates

Erheblicherklärung mit folgendem Wortlaut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Entwicklungen für eine unabhängige, nicht privatwirtschaftliche und national verbreitete Lösung für den Zugriff auf das kantonale Behördenportal my.so.ch aktiv mitzuverfolgen und eine entsprechende, verfügbare Lösung für den Einsatz zu prüfen.

Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Verteiler

Staatskanzlei
Stabsstelle E-Government
Amt für Informatik und Organisation AIO
Aktuariat Finanzkommission
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat